

Marzahn- Hellersdorf

31. Jahrgang / Februar 2021

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

DIE LINKE nominiert Petra Pau für den Bundestag mit 100 %

Die gewählten Vertreter*innen der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf kamen am 9. Januar 2021 im Zirkus Cabuwazi zusammen, um die personellen Weichen für das Wahljahr 2021 zu stellen. Zur Wahl stand die Kandidatur für den Bundestagswahlkreis 85 Marzahn-Hellersdorf. Aus rechtlichen Gründen können die Nominierungsveranstaltungen für den Bundestag und das Abgeordnetenhaus (noch) nicht als hybride oder digitale Versammlungen stattfinden. Die Hygieneregeln wurden bei der Durchführung der Veranstaltung strikt beachtet.

Für den Bundestagswahlkreis Marzahn-Hellersdorf kandidierte erneut **Petra Pau**.

Petra Pau ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und Bundestagsabgeordnete seit 1998. Sie vertritt Marzahn-Hellersdorf als direkt gewählte Abgeordnete im Bundestag seit 2002. Die Vertreter*innen der LINKEN wählten sie schließlich mit 100 % Zustimmung. Damit ist Petra Pau die Kandidatin der LINKEN für den Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf zu den Wahlen für den Deutschen Bundestag.

Der einstimmige Beschluss, Petra Pau zur Kandidatin der LINKEN zu machen, zeigt, welchen Rückhalt Petra Pau nicht nur in der Basis der LINKEN genießt. Es ist auch ein Ausdruck dafür, dass ihre jahrzehntelange politische Arbeit für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung genießt. Mit Petra Pau als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags sitzt Marzahn-Hellersdorf in der ersten Reihe im Parlament. Mit diesem starken Vertrauensbeweis wird DIE LINKE selbstbewusst in den Bundestagswahlkampf gehen.



Zu Ehren von Rosa und Karl

Stilles Gedenken

am 14. März

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

DIE LINKE wählt Direktkandidat*innen für die Abgeordnetenhauswahlkreise



FOTO: PHILIPP MÜLLER

Am 9. Januar 2021 hat DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf auch die Weichen für die Abgeordnetenhauswahl gestellt. Zur Wahl standen die Kandidatinnen und die Kandidaten für die sechs Marzahn-Hellersdorfer Wahlkreise: **Regina Kittler** (re.), **Steffen Ostehr** (3.v.li.), **Kristian Ronneburg** (Bildmitte), **Andres Scheibner** (nicht im Bild), **Dr. Manuela Schmidt** (2.v.li.), **Bjoern Tielebein** (2.v.re.) und **Stefanie Wagner-Boysen** (li.).

Für den **Wahlkreis 1** (Marzahn-Nord) wählten die Vertreter*innen Bjoern Tielebein. Seit 2001 ist er Mitglied der BVV Marzahn-Hellersdorf und seit 2013 Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV. Im **Wahlkreis 2** (Marzahn-Mitte) wurde Manuela Schmidt wieder nominiert. Unsere frühere Bezirksstadträtin sitzt seit 2011 als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis im Berliner Abgeordnetenhaus. Seit 2016 ist sie zudem Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses und Sprecherin der Linksfraktion für die Berliner Bezirke.

Die Nominierung für den **Wahlkreis 3** (Hellersdorf-Nord) entschied Steffen Ostehr für sich. Er ist seit 2011 Mitglied der BVV Marzahn-Hellersdorf. Von 2011 bis 2016 war er Vorsitzender der Piratenfraktion in der BVV. 2016 trat er für DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf für die BVV an und ist seitdem Mitglied der Fraktion und Sprecher für Bildung und Bürgerbeteiligung. Unsere Abgeordnete Regina Kittler wurde erneut für den **Wahlkreis 4** (Biesdorf / Friedrichsfelde-Ost / Marzahn-Süd) nominiert. Seit 2011 gehört sie dem Abgeordnetenhaus an. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion und vertritt als Sprecherin die Themen Kultur und Bildung. Im **Wahlkreis 5** (Kaulsdorf-Süd / Mahlsdorf) wurde Stefanie Wagner-Boysen nominiert. Sie ist gelernte Bankkauffrau und lebt in Mahlsdorf-Süd. Seit 2017 arbeitet sie als

betriebliche Gesundheitsmanagerin. Ehrenamtlich engagiert sie sich im Berliner Ernährungsrat und auf vielfältige Weise im Mahlsdorfer Siedlungsgebiet, zum Beispiel für das Kunsthaus Flora. Für den **Wahlkreis 6** (Hellersdorf-Süd/Kaulsdorf-Nord) wurde erneut Kristian Ronneburg nominiert. Er hat den Wahlkreis 2016 direkt gewonnen und gehört seitdem dem Abgeordnetenhaus an. Er ist Vorsitzender des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses und Sprecher der Linksfraktion für Verkehr.

Alle gewählten Kandidatinnen und Kandidaten für die Abgeordnetenhauswahlkreise haben ein starkes Votum für ihre Wahlkreise bekommen. Mit den erfahrenen und überparteilich geschätzten Bezirksverordneten Bjoern Tielebein in Marzahn-Nord und mit Steffen Ostehr in Hellersdorf-Nord treten wir an, um die Direktwahlkreise von der AfD zurückzugewinnen und den Menschen im Norden unseres Bezirks endlich wieder eine wahrnehmbare und ernstzunehmende Stimme zu geben. Mit der Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Manuela Schmidt in Marzahn-Mitte und dem Verkehrspolitiker und Vorsitzenden des Petitionsausschusses Kristian Ronneburg in Hellersdorf-Süd/Kaulsdorf-Nord haben wir profilierte Landespolitiker*innen, die ihre Direktwahlkreise verteidigen werden. Das knappe Ergebnis bei den letzten Wahlen im Wahlkreis Biesdorf, Friedrichsfelde-Ost und Marzahn-Süd wollen wir mit der Bildungsexpertin Regina Kittler 2021 wieder drehen. In Kaulsdorf und Mahlsdorf haben wir mit Stefanie Wagner-Boysen eine Kandidatin gewinnen können, die sich vor Ort im Siedlungsgebiet bürgerschaftlich engagiert und mit der wir mit einem sozialen und klaren ökologischen Profil um diesen Wahlkreis kämpfen werden.

MHI

Aus dem Bezirksvorstand: Einen herzlichen Glückwunsch ...

... sprach der Bezirksvorstand den Kandidierenden Manuela Schmidt und Bjoern Tielebein für die Wahl in den neuen Landesvorstand sowie Gisela Höbbel und Lore Held für die Wahl in die Finanzrevisionskommission auf Landesebene aus. Alle vier Genoss*innen wurden infolge der Entscheidung unserer Vertreter*innenversammlung (VV) auf dem Landesparteitag (16./17.01.21) ins Amt gewählt (*siehe auch vorletzte Seite dieser Ausgabe*).

Doch wie heißt es oft so schön: „Nach der VV ist vor der VV.“ In diesem Sinne wertete der BV gleich in der Folgeweche der ersten VV vom 09./10. Januar selbige aus und kam zu dem Konsens, dass beide Versammlungen erfolgreich verlaufen waren: Die Zeit wurde gut genutzt, der Einlass war gut organisiert und auch die Tische standen mit größerem Abstand. Dennoch gab es kritische Anmerkungen, die unter anderem eine weitere Anpassung des Hygienekonzeptes und

eine Berücksichtigung dessen bei der nächsten VV am 30.01. anrieten. Denn auch darin bestand Einigkeit im BV, dass die Versammlung am 30.01. (Stand: 22.01.2021) unter einem vom geschäftsführenden Bezirksvorstand (GBV) weiterentwickelten Hygienekonzept nebst zeitlichen Optimierungen stattfinden soll. So sind bspw. das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes während der gesamten Veranstaltungsdauer sowie eine zeitlich straffere und reglementiertere Vorstellung der Kandidaturen (z.B. in vier Minuten, zzgl. drei Anfragen zu je einer Minute pro Kandidat*in) angedacht. Neben den äußeren Rahmenbedingungen beschäftigte sich der BV in einer Sondersitzung auch mit der Beschlussfassung zur Liste der Bewerber*innen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV)-Wahl. Infolge der Diskussion und Weiterentwicklung einer Vorlage der Personalfindungskommission beschloss der BV, den Vertreter*innen für die BVV-Wahl 2021 fest gesetzte Listenplätze mit den

Nummern 1 bis 10 sowie ab Platz 11 Fünfer-Wahlen (mit einer Liste zur Sicherung der Mindestquotierung für ungerade Plätze ab Nummer 11 und einer gemischten Liste für die geraden Plätze ab Nummer 12, jeweils ohne vom BV vorgeschlagene Personalien) zu unterbreiten.

Auch über das liebe Geld wurde in unseren Sitzungen gesprochen. So bewilligten wir gern den Finanzantrag zur Übernahme von Druckkosten für einen Flyer vom bezirklichen Bündnis für Demokratie und Toleranz anlässlich des Gedenkens am 27.01.2021 an die Opfer der Nationalsozialisten. Eine weitere gute Neuigkeit tangiert sowohl die Bereiche Finanzen als auch Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf: Die befristete Anstellung eines neuen Mitarbeiters für die Medienarbeit zur Wahl 2021 ab dem 01.02.2021 kann verkündet werden.

KARIN MÜLLER

Wahl auf und für Vertreter*innenversammlung

Wahl der Vertreter*innen für die Landesvertreter*innenversammlung (LVV BT) zur Aufstellung der Landesliste der Partei DIE LINKE. Berlin zu den Wahlen zum Deutschen Bundestag 2021

Vertreter*innen (alphabetisch):

Klaus-Jürgen Dahler, Zoe Dahler, Regina Kittler, Steffen Ostehr, Petra Pau, Dagmar Pohle, Sascha Raddatz, Kristian Ronneburg, Marina Richter-Kastschajewa, Dr. Renate Schilling, Dr. Manuela Schmidt, Norbert Seichter, Bjoern Tielebein, Philipp Trögel, Juliane Witt

Ersatz (alphabetisch):

Konstanze Dobberke, Denis Giard, Elton Himm, Stefanie Wagner-Boysen

Wahl der Vertreter*innen für die Landesvertreter*innenversammlung (LVV AHB) zur Aufstellung der Landesliste der Partei DIE LINKE. Berlin zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2021

Vertreter*innen (alphabetisch):

Klaus-Jürgen Dahler, Zoe Dahler, Denis Giard, Regina Kittler, Steffen Ostehr, Petra Pau, Dagmar Pohle, Sascha Raddatz, Kristian Ronneburg, Marina Richter-Kastschajewa, Dr. Manuela Schmidt, Bjoern Tielebein, Philipp Trögel, Stefanie Wagner-Boysen, Juliane Witt

Ersatz (alphabetisch):

Konstanze Dobberke, Elton Himm, Dr. Renate Schilling, Norbert Seichter

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 1: Wahlen in der LINKEN im Bezirk

Seite 1: Aus dem Bezirksvorstand: Herzlicher Glückwunsch ... / Vertreter*innenversammlung / Unternehmerfrühstück

Seite 3: Petra Pau: Systemarrogant / Der stumme Frühling / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 4: Regina Kittler: Rücknahme einer Entscheidung - und was tun? / Bjoern Tielebein: Analog oder digital?

Seite 5: Zur Person: Wiebke Schönherr / Kleine Hilfe beim Homeschooling

Seite 6: Termine / Hinten links: Russlands nukleare Triade

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV: Neues Jahr, neues Format / Homeschooling für geflüchtete Kinder bleibt auf der Strecke / Digitale Einwohner*innenversammlung / Baden hoch überm Wuhletal? /

Große Beteiligung beim Online-Unternehmerfrühstück

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation kleiner UnternehmerInnen und Soloselbstständiger im Lockdown war das Thema des für Januar geplanten Unternehmerfrühstücks kurzfristig geändert worden.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, Carsten Schatz, und Pascal Meiser, Mitglied des Deutschen Bundestages für DIE LINKE, waren online zugeschaltet, um mit den UnternehmerInnen über Finanzhilfen und weitere Fragen der Corona-Maßnahmen in Bund und Land zu beraten.

Rolf Sukowski, Vorsitzender des linken Unternehmerverbandes OWUS, berichtete, dass der Verein bereits vor einem Jahr konkrete Vorschläge gemacht habe. Hauptthema war die Situation von Soloselbstständigen, die zwar finanzielle Hilfe für Betriebskosten erhalten, nicht aber, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Ihr Vorschlag war, eine Art Unternehmerlohn für Soloselbststän-

dige zu zahlen. Die Bilanz ist ernüchternd: Alle Vorschläge wurden bisher von der Bundesebene abgeschmettert.

Berlin hatte, so Carsten Schatz, beim ersten Förderprogramm schnell reagiert und umfangreiche Soforthilfen gezahlt - wofür es heftige Kritik ertete! Auch bei den November-/Dezemberhilfen, von denen in Berlin bisher nur 30 % ausgezahlt wurden, sind die Lebenshaltungskosten der Soloselbstständigen nicht berücksichtigt. Alle Hoffnungen ruhen nun auf der Überbrückungshilfe III, die über die Länder erfolgen soll.

Pascal Meiser berichtete, dass die Linksfraktion und der Wirtschaftsausschuss des Bundestages zu den genannten Fragen aktiv sind - bisher jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Die Zeit nach der 1. Welle wurde nicht genutzt, weder für die Klärung der Hilfen, noch für notwendige Maßnahmen in anderen Bereichen.

Schon zu Beginn hatten sich mehr als 30 Teil-

nehmer zugeschaltet. Im Chat wurde neben Finanzhilfen zum Beispiel auch über FFP2-Masken, Vergabepolitik und ob man nicht von asiatischen Ländern lernen könnte, debattiert. Carsten Schatz und Pascal Meiser waren dabei sachkundige Gesprächspartner. Sie versicherten den Teilnehmern, die Anregungen mitzunehmen und über Ergebnisse zu informieren.

Petra Pau, die das Unternehmerfrühstück wie immer klug moderierte, dankte den Gästen und allen Teilnehmern für die gelungene Beratung. Das nächste Frühstück ist für den 19. Februar mit dem Berliner Senator für Finanzen, Matthias Kollatz, geplant - dann hoffentlich wieder mit frischen Schmalzstullen und sauren Gurken.

ERIKA MAIER

Die Aufzeichnung des Unternehmerfrühstücks ist unter www.petrapau.de abrufbar.

Petra Pau (MdB): Systemarrogant

Corona dominiert weiterhin nahezu alles. Und ja, eine Pandemie, das sagt die Bedeutung des Wortes, ist eine globale Herausforderung, mehr noch: eine Gefahr für Mensch und Leben. Wir dürfen das Virus und seine Gefahren nicht unterschätzen. Zumal die Zahl der daran Erkrankten und Toten bereits extrem hoch ist, weltweit, auch hierzulande. Wer all das, allen Fakten zum Hohn, leugnet, ist nicht besser als Corona, sondern Teil der Pandemie, leichtfertig oder böswillig. Das ist nicht hilfreich.

Was allerdings hilfreich ist, das ist umstritten. Logisch. Niemand hat Erfahrung mit einer solchen Herausforderung, nicht in der Politik, nicht in der Gesellschaft. Die letzte Riesen-Pandemie war die „spanische Grippe“ 1918/20 mit 50 bis 100 Millionen Toten, furchtbar, also noch mehr als im 1. Weltkrieg ums Leben kamen. Es gibt also Diskussionsbedarf, wie mit der Corona-Gefahr umzugehen

ist: im Gesundheitswesen, in der Politik, in der Gesellschaft.

Dazu gehören für mich:

1. Die Pandemie zeigt, was bereits vordem grundsätzlich falsch gelaufen ist. Zum Beispiel, dass das Gesundheitswesen kleingeschrieben, privatisiert und dem Kapital unterstellt wurde.

2. Die gesamte neoliberale Politik verheißt: Privat vor Katastrophe. Jede/r ist für sich selbst verantwortlich, Solidarität und Gemeinschaft werden klitzeklein geschrieben.

3. Die Pandemie wütet global, aber die Politik ist allzu oft noch immer national beschränkt.

Das ist nicht nur ein USA-Problem. Zukunft braucht mehr Miteinander, finde ich. Wozu auch gehört: Die dringend benötigten Impfstoffe müssen weltweit erschwinglich sein und dürfen nicht nach Kapitalinteressen sanktioniert werden.

Hinzu kommt: Corona ist nicht nur ein Gesundheitsproblem. Wir erleben es seit Monaten, dass Regierungskreise bestimmen, an den Parlamenten im Bund und den Ländern vorbei. Das ist arrogant und undemokratisch. Dagegen hat DIE LINKE mehrfach opponiert. Mehr noch: Wir haben aktuell einen Pandemierat vorgeschlagen und eingefordert, für mehr Sachverstand und Transparenz. Die Pandemie ist eine gesellschaftliche Herausforderung, die nicht allein von einer Kanzlerin zu managen und von einem vermeintlichen Superminister zu lösen ist. Und dann ist da noch immer eine asoziale Hängepartie. Als die Pandemie begann, wurden Berufe als systemrelevant geadelt und bejubelt, Pflegerinnen und Pfleger zum Beispiel. Nunmehr, fast ein Jahr später, müssen sie noch immer bis an die Schmerzgrenze schufteten, meist zu Hungerlöhnen.

Das ist systemarrogant.

Der stumme Frühling

Wieder mal ist der Aufhänger hier ein Buch. „Der stumme Frühling“ von Rachel Carson. „Der stumme Frühling“ erschien erstmals 1963. Der Titel bezieht sich auf das Märchen von der blühenden Stadt, in der sich eine seltsame, schleichende Seuche ausbreitet. Das spannend geschriebene Sachbuch wirkte bei seinem Erscheinen wie ein Alarmsignal und avancierte rasch zur Bibel der damals entstehenden Ökologie-Bewegung.

Zum ersten Mal wurde hier in eindringlichem Appell die Fragwürdigkeit des chemischen Pflanzenschutzes dargelegt. An einer Fülle von Tatsachen machte Rachel Carson seine schädlichen Auswirkungen auf die Natur und die Menschen deutlich. Ihre Warnungen haben seither nichts

von ihrer Aktualität verloren. Soweit der Beitekt. Inzwischen ist hiervon manches leider Realität, 80 % der Insekten und mindestens 40 % der Tagfalter in Deutschland sind in den letzten vierzig Jahren verschwunden. Und davon hängen wiederum andere Arten ab, und die Störung des ökologischen Gleichgewichts geht auch zu Lasten der Gesundheit des Menschen. Die vom Menschen verursachte Krise der Biodiversität ist neben dem Klimawandel die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Und was



kann man praktisch gegen einen „stummen Frühling“ tun? Man pflanze Kräuter, Blumen, heimische Gehölze statt Koniferen und englischen Rasen, man überlasse einen Teil des Gartens der natürlichen Entwicklung, meide generell chemische Dünger, lasse im Herbst Laubhaufen als Unterschlupf liegen. Und schließlich passen fast auf jeden Balkon ein Insektenhotel und ein Futterhaus für unsere gefiederten Freunde.

FRANK BEIERSDORFF

Aus den Siedlungsgebieten:

Das „Wir“ macht den Unterschied im Vivantes-Klinikum Kaulsdorf

Die Vivantes-Klinik in Kaulsdorf gehört wie das Unfallkrankenhaus Marzahn in Biesdorf auch in der jetzigen Zeit bei der Bekämpfung von COVID 19 zu den wichtigen Berliner Behandlungszentren in der Pandemie. Sie machen nicht irgendeinen Job, sondern die hier Beschäftigten sind miteinander bei der Sache und füreinander da. Wir danken allen Beschäftigten, die tagtäglich als sozialrelevante Mitarbeiterinnen ihre Arbeit leisten. Ab dem 12. Oktober 2020 verlangen die gestiegenen Corona-Fallzahlen ein Besuchsverbot, und die Klinik konzentriert sich wegen der Sicherstellung der Kapazitäten für Corona-Patienten bei Operationen ab sofort auf Notfälle und dringliche Eingriffe bei schwerwiegenden Erkrankungen. Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses der BVV konnten sich in den vergangenen Jahren bei ihren Vor-Ort-Besuchen immer wieder davon überzeugen, mit welchem Engagement die Ärzte, Schwestern und Pfleger sich um das Wohl ihrer Patienten kümmern. Im Bericht des Patientenführersprechers des Klinikums Kaulsdorf, Rüdiger Deinert, vor dem Gesundheitsausschuss der BVV

wurde erneut deutlich, dass auch unter den Bedingungen der Pandemie große Anstrengungen in den acht medizinischen Abteilungen mit 426 Betten zur Versorgung der Marzahn-Hellersdorfer unternommen werden. Hier ordnet sich auch die hohe Auszeichnung für die Chefärztin der Rettungsstelle und Ärztliche Direktorin am Vivantes Klinikum Kaulsdorf, Marie-Barbara Naumann, für deren jahrzehntelanges überdurchschnittliches Engagement ein. Ihr konnte von unserer Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle im Namen des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht werden. Der Bundespräsident würdigt damit ihre Verdienste um die medizinische Versorgung im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und ihr Engagement in der Weiterbildung in der klinischen Katastrophenschutzvorsorge. Wir gratulieren Marie-Barbara Naumann sehr herzlich und freuen uns auch weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
 Bezirksverordneter

Hirnseuche

Herdenimmunität:
 Fortschritt

keine Immunität bei Herdentrieb
 nach rechts getarnt oder offen:
 Rückschritt

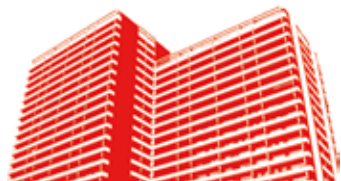
Kampf gegen politischen Krankheitsherd!

JÜRGEN RIEDEL

Weg

Leben ist wie Krokuswiese
 bunt
 gefährlich
 schön

JANINA NIEMANN-RICH



Bericht zur Bezirksverordnetenversammlung vom 21. Januar 2021

Neues Jahr, neues Format

Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Marzahn-Hellersdorf erstmalig als Videokonferenz statt. Die Abstimmungen über die Anträge erfolgten über schriftliche Listen. Bis auf wenige technische Störungen verlief die digitale BVV-Sitzung reibungslos.

Ortsumfahrung Ahrensfelde – BVV befürwortet einen Bürger*innenbeirat

Die Ortsumfahrung beschäftigt die Bürger*innen im Marzahner Norden bereits seit Jahren. 2019 einigten sich der Senat und das Land Brandenburg auf die Finanzierung des Trogs als Lärmschutz, und die Planungen sollen wieder aufgenommen werden. Jedoch lehnen mehrere Bürger*inneninitiativen aus Marzahn-Nord und Ahrensfelde die aktuelle Planungsvariante ab. Dass eine Ortsumfahrung gebaut werden muss, darin sind sich alle einig. Um den Menschen vor Ort mehr Mitspracherecht zu ermöglichen, stellte unsere Fraktion zusammen mit SPD und Bündnisgrünen einen Antrag. Mit diesem unterstützen wir u.a. einen Bürger*innenbeirat für die Ortsumfahrung Ahrensfelde.

Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein betonte nochmals, dass das Mitspracherecht der Bürger*innen im Mittelpunkt stehen sollte.

Sanierung des Theaters am Park

In einer großen Anfrage erkundigte sich unsere Fraktion nach dem aktuellen Stand der Sanierungsarbeiten des Theaters am Park (TaP). Laut Bezirksamt liegt der Senatsbeschluss für die Sanierung vor – rund 10 Millionen Euro wurden für die Baumaßnahmen zugesichert. Ein Förderbescheid liegt noch nicht vor. Des Weiteren wurde eine externe Firma beauftragt, um eine Zielplanung für das TaP zu erstellen. Ein entsprechendes Betreiberkonzept wird aktuell vom Bezirksamt ausgewertet. Außerdem soll in diesem Jahr der Beirat zum TaP einberufen werden. Die zuständige Bezirksstadträtin Nadja Zivkovic (CDU) konnte leider kaum neue Informationen mitteilen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das Projekt „Sanierung Theater am Park“ endlich vorankommt.

Unterstützung der queeren *) Community in Marzahn-Hellersdorf

Bereits Anfang 2020 hatte unsere Fraktion gemeinsam mit der SPD einen Antrag zur Schaffung einer Stelle einer/

eines Queerbeauftragten gestellt. Die queere Community gehört auch zu Marzahn-Hellersdorf und deswegen bedarf es entsprechender fachlicher Expertise, um die Akzeptanz von queeren Menschen zu stärken und für deren Belange einzustehen. Unsere gleichstellungspolitische Sprecherin, Sarah Fingarow, machte deutlich, wie wichtig es sei, unterschiedliche sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten in unserem Bezirk sichtbar zu machen.



Am Ortseingang Ahrensfelde: Fast immer gibt es hier Staus stadtein- wie -auswärts. Dem könnte abgeholfen werden. Mit einer Ortsumfahrung.

Die nächste Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 25. Februar 2021, 17 Uhr statt.

Weitere Infos unter:
<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Diese Aufgabe übersteigt das Pensum der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bei Weitem. Deswegen bedarf es dieser neuen Stelle.

In Kombination mit einem bezirklichen Plan gegen Homo- und Transphobie wollen wir so die queere Community in Marzahn-Hellersdorf unterstützen.

Aufgrund der besonderen Gegebenheiten der Online-BVV-Sitzung können wir an dieser Stelle keine beschlossenen Drucksachen angeben. Diese werden zu einem späteren Zeitpunkt online ergänzt und beim BVV-Bericht in der März-Ausgabe der Marzahn-Hellersdorf links aufgeführt.

ELLEN WERNING

*) Die Bezeichnung „queer“ ist ein Sammelbegriff für Lesben, Schwule, Bi-, Inter-, Transsexuelle, Transgender u.v.m.

Baden hoch überm Landschaftsschutzgebiet Wuhletal? ... Warum eigentlich nicht?

Die BVV Marzahn-Hellersdorf hat bereits Ende 2020 bezüglich der Standortwahl für ein Kombibad eine Vorentscheidung getroffen. Nun geht es darum, dass seitens des Landes Berlin Investitionsmittel bereitgestellt werden und dann mit einer gründlichen Planung unter Einbeziehung der Öffentlichkeit begonnen werden kann.

Nun kann man als Naturschützer*in diese Standortwahl als mittlere Katastrophe empfinden. In der Tat ist es aus dieser Sicht nicht der optimale Ort. Doch andererseits muss man bedenken, dass Marzahn-Hellersdorf der einzige Bezirk ohne Freibad ist.

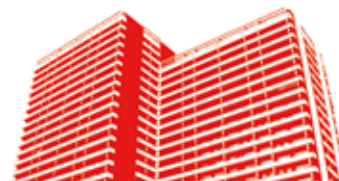
Tausende Bewohner*innen nehmen weite Wege zum sommerlichen Bad in Kauf, oft mit dem Auto und/oder an Gewässer, die dem Trinkwasserschutz unterliegen. Beides kann man wohl kaum als ökologischer betrachten.

Der Hügel, auf dem der Jelena-Santic-Friedenspark liegt, ist keine natürliche Erhebung, sondern be-

kanntermaßen der Aushub der „Hellen Mitte“ aus den 1990er Jahren. Des Weiteren ist der Bereich ums Hellersdorfer Eck auch schon lange keine unversiegelte Fläche mehr – entgegen der Auffassung der „NaturFreunde“ und der örtlichen Bürgerinitiative.

Trotzdem gibt es aus Sicht des Naturschutzes einige Dinge, die man im Rahmen der Planungen einfordern sollte: beispielsweise die Wiederherstellung von Gewässern nördlich des Friedensparks und die Bepflanzung der Heiztrasse mit heimischen – für die Vogelwelt wichtigen – Gehölzen. Generell erhoffe ich, dass unter Nutzung anstehender Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, ausgehend vom Bau des Kombibads über dem Wuhletal, Impulse für die Entwicklung des längsten zusammenhängenden Grünzugs Berlins zum Landschaftsschutzgebiet ausgehen können.

FRANK BEIERSDORFF
Umweltpolitischer Sprecher



Digitale Einwohner*innenversammlungen für Marzahn-Hellersdorf

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf will für das erste Halbjahr 2021 erstmals wieder Einwohner*innenversammlungen stattfinden lassen. Aufgrund der aktuellen Pandemie-Situation sollen diese online stattfinden. Das geht aus einem aktuellen Beschluss des Bezirksamtes hervor.

Bereits zu Beginn dieser Wahlperiode haben wir uns in der BVV für Einwohner*innenversammlungen in den Stadtteilen eingesetzt. Wir freuen uns daher über den Beschluss des Bezirksamtes. Auch in Zeiten der Corona-Pandemie – und damit unter erschwerten Bedingungen – muss Partizipation möglich sein. Einwohner*innenversammlungen sind ein wichtiges praktisches Angebot, um Bürger*innen wieder aktiv an Diskussionen



Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer auf einer früheren Einwohnerversammlung.

Foto: Bjoern Tielebein

und Themen für den Bezirk teilhaben zu lassen. Breite Partizipationsprozesse ermöglichen außerdem, Problemlagen im Bezirk frühzeitig zu adressieren und Konflikte zu erkennen. Somit profitieren alle Beteiligten von den Versammlungen.

Das angestrebte digitale Format sehen wir als gute Lösung in einer schwierigen Zeit. Dieses sollte jedoch möglichst niedrigschwellig stattfinden, d.h. mit Gebärdendolmetscher*innen, wie bereits im Beschluss angegeben, Untertitelung und der Möglichkeit der schriftlichen Einreichung von Fragen inklusive deren schriftlicher Beantwortung.

In Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass Einwohner*innenversammlungen in Marzahn-Hellersdorf wieder verstetigt und damit fortgeführt werden, um somit umfangreiche Partizipation zu gewährleisten.

STEFFEN OSTEHR

Sprecher für Bürgerbeteiligung

Online-Unterricht für geflüchtete Kinder bleibt auf der Strecke

Durch den verlängerten Lockdown bleiben auch die Schulen in Berlin weiterhin geschlossen. Bis auf die Abschlussklassen der jeweiligen Schule bekommen die Schüler*innen Online-Unterricht, dem sie von zu Hause aus folgen müssen – vorausgesetzt sie besitzen einen Laptop oder ein Tablet. Auf viele trifft dies allerdings nicht zu. Ihre Familien können sich die kostspieligen Geräte nicht einfach leisten. Um das Online-Lernen auch sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, hat der Senat bis zum Jahresanfang 2021 über 30 000 Tablets verteilt.

Auch in der vergangenen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Marzahn-Hellersdorf wurde die Frage nach Laptops und Tablets für die Schüler*innen konkret in unserem Bezirk gestellt. Schulstadtrat Gordon Lemm (SPD) bestätigte die Auslieferung von Laptops an zehn Schulen in unserem Bezirk. Ob die Auslieferung auch an andere Schulen in Marzahn-Hellersdorf erfolgt ist, konnte er bis dato nicht sagen. Unsere Fraktion interessierte außerdem die Lage der geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Wir fragten nach, ob sie Laptops oder Tablets für ein angeleitetes Lernen von zu Hause aus erhalten würden. Laut Lemm würde das Angebot – wenn auch nicht flächendeckend – genutzt werden. Geflüchtete Kinder könnten zu-

dem in die Notbetreuung gehen.

Jedoch wird u.a. von den Flüchtlingskoordinator*innen berichtet, dass es schwierig sei, entsprechende Angebote in der Schule an die Kinder und

unmöglich ist. Aufgrund dieser Tatsache wird geschlossen, dass die Kinder und Jugendlichen der geflüchteten Familien in den Unterkünften ohnehin kein mobiles Endgerät bräuchten. Sie erhalten somit also kein Gerät für den Online-Unterricht.

Dieser Zustand gleicht einem Teufelskreis und ist für uns als Fraktion nicht zu akzeptieren. Der Senat muss für den Ausbau eines leistungsstarken Internets in den Schulen und in den Unterkünften für Geflüchtete sorgen. Es muss eine gerechte Verteilung von Laptops und Tablets an geflüchtete und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche erfolgen. Nur so kann gewährleistet werden, dass sie am Online-Unterricht teilnehmen können. Digitaler Unterricht wird nach Corona nicht enden. Wir werden uns weiterhin für die Belange der Kinder und Jugendlichen einsetzen, damit sie am Ende nicht die Verlierer dieser Pandemie sein werden und



Oftmals mangelt es an der notwendigen Technik oder einem Internetzugang per WLAN.

Foto: Pixabay

deren Familien zu kommunizieren. In den Unterkünften gibt es zudem weitestgehend kein ausreichendes WLAN, sodass dem Unterricht regelmäßig online zu folgen für die Kinder und Jugendlichen

Chancengleichheit nicht nur ein leeres Versprechen bleibt!

SABINE SCHWARZ



Regina Kittler: Rücknahme einer Entscheidung und was tun?

Mittwoch, 6.1.21: Die Ministerpräsidentenkonferenz beschloss eine Verschärfung des Lockdowns und Senatorin Scheeres verkündete nach Beratung mit den Vertreter*innen der Schulleiterverbände dennoch die schrittweise Öffnung der Schulen.

Eine falsche Entscheidung, die die Linksfraktion nicht mittragen konnte, was ich im Plenum einen Tag später auch begründete. Die CDU tat das auch. Vertreter*innen der Legislative haben also eine Entscheidung der Exekutive kritisiert und wollten eine Rücknahme selbiger.

Ein breiter Protest von Eltern, Schüler*innen, der GEW und Beschäftigten aus den Schulen, einschließlich von Schulleiter*innen, mit denen sich ihre Vertreter*innen offensichtlich nicht beraten hatten, setzte ein. Erste eingereichte Klagen und eine Massenpetition, die innerhalb von 1 ½ Tagen mehr als 40.000 Unterschriften hatte, forderten auch eine Rücknahme der Entscheidung.

Am Freitag änderte die Senatorin unter diesem Druck ihre Entscheidung. Gut so. Bis zum 14. Februar werden die Schulen geschlossen sein, und es läuft der Unterricht zu Hause, sogenannter Distanzunterricht. Dabei ist für Lehrkräfte und Schüler*innen das Kontakthalten verpflichtend.

Ausnahmeregelungen gibt es für Schüler*innen, die uns sonst verloren gehen, in Kleinstgruppen in der Schule und zur unbedingt Präsenz erfordernden Prüfungsvorbereitung zum Abitur.

Vorschläge der Linksfraktion für die Zeit danach: Ab dem 15. Februar wird Wechselunterricht in maximal halber Klassenstärke realisiert, wenn die Bedingungen es erlauben. D.h., die Inzidenzen müssen deutlich rückläufig sein; es muss kontinuierlich Tests geben, beginnend mit allen, die in

die Schulen zurückkehren; für alle Beschäftigten muss es an jedem Arbeitstag FFP2-Masken geben und es müssen ausreichende Lüftungsanlagen installiert sein. Der Wechselunterricht sollte so lange fortgesetzt werden, bis die Inzidenzen unter 50 sind.

Schulen muss ermöglicht werden, weitgehend autonome Entscheidungen treffen zu können, die an



die Bedingungen vor Ort, also das aktuelle Infektionsgeschehen, das vorhandene Personal, die zur Verfügung stehenden Räume und die technischen Möglichkeiten angepasst sind.

Dazu gehört auch, dass zugunsten von Unterricht auf Klassenarbeiten und Klausuren verzichtet werden kann.

Schriftliche Prüfungen im Abiturjahrgang müssen in der Aufgabenstellung variabel auf die Schulsituation reagieren und die Schulabschlüsse für die einzelnen Schülerinnen und Schüler gerecht ermöglicht werden.

Wiederholungen, Anpassungen und Verschiebungen von Abschlussprüfungen bzw. Anpassung der Abschlussanforderungen an die schulische Realität müssen ermöglicht werden, in begründeten Einzelfällen auch eine Wiederholung des 3. und 4. Semesters. Auch das Aussetzen schriftlicher Prüfungen muss diskutiert werden, sollte sich die Lage wieder verschlechtern.

KMK-Regeln, die einer Flexibilität hinsichtlich dieser Punkte entgegenstehen, sollen zeitlich befristet für die Pandemiezeit ausgesetzt werden.

Foto: Linksfraktion Berlin

Elfenschlummer

schneesmelzwasser-rasch
Frühlingserwachen
Schneeglöckchen träumt

JANINA NIEMANN-RICH

Bjoern Tielebein: Analog oder digital?

Die Bezirksverordnetenversammlung tagte am 21. Januar 2021 erstmals als reine Online-Sitzung. Bedingt durch das aktuelle Infektionsgeschehen entschieden sich die Fraktionen Anfang des Jahres keine sogenannte Präsenzsitzung durchzuführen. Unsere Fraktion drängte darauf, auf keinen Fall eine weitere Beratung des Bezirksparlaments ausfallen zu lassen. Auch während einer solchen Krise, wie wir sie derzeit erleben, müssen die gewählten Vertreter:innen der Bürger:innen ihre Aufgaben wahrnehmen. Es gibt ausreichend technische Hilfsmittel, um das zu gewährleisten.

Während des ersten sogenannten Lockdowns im Frühjahr 2020 entfielen die März- und April-Sitzungen der BVV ersatzlos. Ab Mai trafen sich die Bezirksverordneten in der Frauensporthalle des Freizeitforums Marzahn, um ausreichend Abstand zu halten und ein konsequentes Hygienekonzept umzusetzen. Im Dezember entfiel dann erneut die Sitzung, die steigenden Infektionszahlen machten dies erforderlich.

Seit Oktober 2020 tagen die Fachausschüsse der BVV ausschließlich online. Die Bezirksverordneten verfügen also inzwischen über ausreichend Er-



fahrung, um auch die BVV selbst über das Internet abzuhalten.

Doch ganz so einfach ließ sich das Vorhaben nicht umsetzen. Die Berliner Datenschutzbeauftragten stellen konkrete Anforderungen an solche Online-Tagungen. Dies umso mehr, wenn Mitarbeitende der Bezirksverwaltung ebenfalls an den Sitzungen teilnehmen sollen. Nicht jede praktisch erscheinende Plattform, kann auch genutzt werden. Die Bezirksvorsteherin Katrin Henkel fand gemeinsam mit ihrem Team gute Lösungen, um allen Ansprüchen diesbezüglich gerecht zu werden. Mit tatkräftiger Unterstützung der Mitarbeitenden des Freizeitforums Marzahn konnte somit die erste vollständig digitale Tagung der BVV erfolgreich durchgeführt werden.

Vor mehr als zehn Jahren war Marzahn-Hellersdorf der erste Bezirk, der die Sitzungen der BVV live ins Internet, für alle zuhause zu verfolgen, übertrug. Inzwischen gehört dies zur Gewohnheit in unserem Bezirk. Heute gehen wir wieder voran, wenn es um die Nutzung digitaler Möglichkeiten geht. Es war zwar nicht die erste BVV in Berlin, die online tagte, sicher aber die erste, die allen notwendigen Standards entsprach. Foto: privat

Zur Person: **Wiebke Schönherr**

Das Team im Büro unserer Abgeordneten Regina Kittler erhielt im Dezember Verstärkung durch eine neue Mitarbeiterin: Wiebke Schönherr. Um sie den Leser*innen von Marzahn-Hellersdorf links vorzustellen, fragte Hilka Ehlert nach.

● **Stellst Du Dich kurz vor?**

W.S.: Gern. Ich bin 41 Jahre alt und Mutter eines sechsjährigen Sohnes. Ich habe vor vielen, in meiner Erinnerung schon recht verschwommenen Jahren ein Literaturstudium abgeschlossen und anschließend eine Ausbildung zur Redakteurin bei der Märkischen Oderzeitung in Brandenburg gemacht. Bin ich jetzt von Beruf Journalistin? Ach, nein. Ich habe zwar einige Jahre danach freiberuflich für Print- und Onlinemedien fleißig getextet, aber ich formuliere es immer gerne so: Ich habe einige Jahre Journalismus gemacht. Und jetzt mache ich etwas anderes, nämlich ich arbeite seit Dezember in Regina Kittlers Team mit.



te und dann hier im Wahlkreisbüro die etwas bodenständigere Arbeit, wo wir - Reginas Team - Veranstaltungen organisieren, Flyer schreiben und uns nun allmählich auf den bevorstehenden Wahlkampf einstellen. Das ergänzt sich exzellent. Um ehrlich zu sein, ich hatte anfangs gehofft, auch die eine oder andere Rede für Regina schreiben zu dürfen. Das mache ich nämlich unheimlich gern. Aber keine Chance, die schreibt sie alle selbst!

● **Wie kamst Du dazu?**

W.S.: Ich habe sie im Jahr 2019 schon einmal vier Monate lang unterstützt, damals in Elternzeitvertretung. Nun rief sie mich vor einigen Monaten an, da bei ihr eine Stelle frei wurde, ob ich das machen will. Ich habe nicht lange überlegt, bevor ich Ja gesagt habe. Ich hatte die vier Monate noch in guter Erinnerung.

Weshalb ich vom Journalismus in die Politik gewechselt bin, liegt daran, dass ich nicht mehr nur neutral von außen auf das gesellschaftliche Geschehen blicken wollte. Ich hatte da immer einen hohen Anspruch an mich, mich selbst so gut es geht zurückzunehmen und nur einer Geschichte, einer Person, einem Ereignis Raum in einem Artikel zu geben. Das ist eine super Übung, um zu lernen, verschiedene Sichtweisen auszuhalten, und ich konnte dabei auch viel Interessantes erfahren. Aber ich haben eben auch meine Werte und Überzeugungen. Und die wollte ich nicht länger verstecken. Da ich politisch auf der Seite der Linken bin, freue ich mich, dass ich jetzt auch mitmischen kann. Ich will mich dafür stark machen, dass wir in unserer Gesellschaft - ich formuliere es mal etwas überspitzt - die Würde eines jeden einzelnen Menschen mehr wertschätzen als den Gehalt eines Geldstücks.

● **Wieso bist du gerade bei Regina gelandet?**

W.S.: Ich war neugierig auf Marzahn-Hellersdorf. Ich wohne nicht hier im Bezirk, sondern in Tiergarten. Das ist so weit weg, dass hier einfach fast noch nie hierhergekommen bin. Aber ganz unbekannt war es mir doch nicht, da in den Medien ja so einiges über Marzahn geschrieben wird, nur sehr einseitig. Ich wollte selbst mal schauen, wie es hier so ist.

Außerdem interessiert mich die eigentliche Arbeit. Ich bin für Regina sowohl im Abgeordnetenhaus unterwegs als auch hier im Wahlkreis. Das finde ich extrem spannend - auf der einen Seite diese offizielle, eher gediegene Atmosphäre im Parlament, wo ich Ausschuss- und Plenarsitzungen vorberei-

● **Welche Themen bewegen Dich am meisten, im Leben und in der Parteiarbeit?**

Mich bewegen nicht so sehr spezielle Themen, sondern Menschen. Egal ob im Privaten oder in der Politik: Für mich geht nichts über ein gutes, langes, intensives Gespräch. Egal über was. Ich bin auf alles und jeden neugierig. Foto: privat

Landesparteitag der **LINKEN** in Berlin

Der Landesparteitag war pandemiebedingt ein Online-Parteitag. Die Beratungen konnten im Livestream verfolgt werden. Nach der Konstituierung des Parteitags sprach die Landesvorsitzende Katina Schubert, ihr schloss sich die Rede des Bürgermeisters und Senators Klaus Lederer als Spitzenkandidat der LINKEN zur Berlin-Wahl 2021 an. Mit großer Mehrheit beschloss die Delegierten über den Leitantrag „Berlin für alle“. Die Dringlichkeitsanträge wurden an den Geschäftsführenden Landesvorstand, alle übrigen Anträge an den Landesausschuss überwiesen. Es folgte die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die einzelnen Wahlgänge.

Mittels Urnenwahlen in Bezirkswahllokalen wurden gewählt: Katina Schubert als Landesvorsitzende, Sandra Brunner, Pascal Meiser und Tobias Schulze als Stellvertreter*innen, Sebastian Koch als Landesgeschäftsführer, Annetta Juckel als Landesschatzmeisterin sowie Belma Bekos, Monika Belz, Philipp Bertram, Hamze Bytyci, Elif Eralp, Katja Rom, Paul Schlüter, Manuela Schmidt, Anika Taschke, Ulas Tekin, Bjoern Tielebein, Janine Walter, Moritz Warnke und Moritz Wittler zu übrigen Mitgliedern des Landesvorstands. Zu Mitgliedern der Landesschiedskommission wurden Lara Bokor, Fabian Bunschuh, Benjamin Krüger, Henning Jessen und Jana Oestreich gewählt. Mitglieder der Landesfinanzrevisionskommission wurden Ingo Bremer, Leonore Held, Gisela Höbbel und Heike Schikore.

Weitere Infos: <https://dielinke.berlin/lpt/>

Kleine Hilfe beim Homeschooling

Drucken, Scannen, Kopieren?

In unseren Wahlkreisbüros bieten wir technische Möglichkeiten, die Einige nicht zu Hause haben. Kostenlos. Unter Einhaltung der Hygieneregeln.

www.petrapau.de
Henny-Porten-Straße 10, 12627 Berlin
Anmeldung unter: 030 99289380
petra.pau.wk01@bundestag.de

www.kristian-ronneburg.de
Cecilienplatz 5, 12619 Berlin
Anmeldung unter: 0176 77212140
volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

www.regina-kittler.de
Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin
Anmeldung unter: 030 54980322
buero@regina-kittler.de

www.dr-manuela-schmidt.de
Anmeldung unter: 030 54980323
buero@dr-manuela-schmidt.de

Termin zum Vormerken:

» 18.2. / 18 Uhr

Online-Delegiertenberatung zur Vorbereitung des Bundesparteitags

Nachdem der Erfurter Parteitag 2020 wegen der anhaltenden Corona-Epidemie zunächst verschoben und dann ganz abgesagt werden musste, hat der Parteivorstand den 7. Parteitag für den 26. und 27. Februar 2021 einberufen. Mit dem Beschluss vom 23. Januar 2021 hat der Parteivorstand entschieden, den Parteitag vollständig, einschließlich der Wahl des Parteivorstandes, online durchzuführen. Zur Vorbereitung des Online-Parteitags findet am 18.2. um 18 Uhr eine offene Online-Delegiertenberatung für den Bundesparteitag statt. Die Zugangsdaten können in der Geschäftsstelle oder per E-Mail unter bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de angefragt werden.



„Ludwig Feuerbach.“ Aus: Die Gartenlaube. Verleger: Ernst Keil. Veröffentlichungsdatum: 1872, Leipzig

„Ein besseres Leben – nicht glauben, sondern schaffen!“
Ludwig Feuerbach (1804 – 1872)

Hinten links:

Russlands nukleare Triade ...

... besteht aus landgestützten Strategischen Raketen, den Ballistischen Raketen auf U-Booten und den Flügel-Raketen tragenden Flugzeugen. Ihr fällt eine Schlüsselrolle beim Aufrechterhalt der Sicherheit nicht nur Russlands, sondern der ganzen Welt zu. Der 23. Februar ist der Feiertag für die Russischen Streitkräfte. Wladimir Putin erklärte Ende 2020 auf einer Pressekonferenz gegenüber Journalisten aus aller Welt, dass Russland seine militärischen Fähigkeiten weiter modernisiere, um die zunehmende Gefahr großer Kriege und die Wirksamkeit der fortdauernden Erpressungsversuche „gegen null“ zu führen. Russland hat den USA die Entwicklung einer neuen Sicherheitsformel vorgeschlagen – darüber wird offiziell noch nicht verhandelt.

Frage

Mit welcher Absicht hält die Nuklearwaffendoktrin der USA – welche genaue Einsatzbedingungen für Nuklearwaffen gar nicht konkret formuliert – an der Möglichkeit fest, mit Nuklearwaffen auf den Einsatz nichtnuklearer Waffen zu antworten?
R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» 16.2., 2.3., 16.3. jeweils 19 Uhr - bis auf Widerruf per Videokonferenz (Einwahldaten bitte telefonisch erfragen)

Basis-Koordinierungsberatungen

- » 9.2., 9.3. jeweils 18.30 Uhr, BO WK 2, per Video-/Telefonkonferenz
- » 9.2.9.3. jeweils 19 Uhr, BO WK 3 + 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
- » 10.2., 10.3. jeweils 18 Uhr, BO WK 4, per Video-/Telefonkonferenz
- » 11.2., 17-19 Uhr, BO WK 5, per Video-/Telefonkonferenz
- » 11.2., 4.3. jeweils 19 Uhr, BO WK 1, per Video-/Telefonkonferenz

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 10.3., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, unbedingt vorher telefonisch anmelden unter: 030 99289380

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» nach persönlicher Anmeldung unter Telefon: 030 54980323 oder E-Mail: bueror@dr-manuela-schmidt.de

Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» nach persönlicher Anmeldung unter Telefon: 030 54980322 oder E-Mail: bueror@regina-kittler.de

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Kiezbüro von 16 bis 18 Uhr, Cecilienplatz 5, nach vorheriger Anmeldung per Telefon 030 47057520 oder per E-Mail unter volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

BBV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE, zurzeit nur per Telefon: 030 902935820 (mo 16-18 Uhr, di 10-12 Uhr, mi 15-17 Uhr, do 15-18 Uhr) oder per E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Abgeordnetenbüros

» Dr. Manuela Schmidt (MdB), Telefon: 030 54980323, und Regina Kittler (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Öffnungszeiten: mo 15-18 Uhr, di 10-12 Uhr, mi 14-16 Uhr, fr 10-12 Uhr

» Kristian Ronneburg (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 15-19 Uhr, mi 16-18 Uhr, do 10-15 Uhr

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561		
Unsere	Montag:	10 - 17 Uhr
Öffnungszeiten:	Dienstag:	13 - 17 Uhr
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag:	10 - 13 Uhr

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**
Herausgeber: DIE LINKE Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.
Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561
Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de
E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
Bearbeitungsschluss: 28.01.2021. **Auslieferung ab 02.02.2021.**
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
 Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.
 Empfehlung: 35 Euro-Cent.
 Die nächste Ausgabe erscheint am 02.03.2021 (Anlieferung aus Druckerei).